

02. April 2013

Pressemitteilung des MWK:

Masterstudiengänge: Ausbau startet 2013

Stellungnahme der *Landesarbeitsgemeinschaft Hochschulsekretärinnen in Baden-Württemberg bei ver.di*:

das MWK hat im Dezember 2012 verlauten lassen, dass die Masterstudienplätze ab sofort zweistufig ausgebaut und dafür unter anderem jeweils 66 Stellen für Verwaltungskräfte geschaffen werden; als Eingruppierung auf diesen – befristeten – Stellen sei EG5 vorgesehen. Dafür werden die erforderlichen Mittel bereitgestellt. Wir erlauben uns dazu die folgende Anmerkung:

In Baden-Württemberg findet auf Betreiben der Hochschulsekretärinnen seit nunmehr 5 Jahren eine Eingruppierungsdebatte statt, die sich die *Eingangseingruppierung EG6* zum Ziel gesetzt hat. In 2010 hat das Finanzministerium klargestellt, dass die Hochschulen in diesem Punkt autonom handeln können. Zahlreiche Uni-Institute und Lehrstühle haben daraufhin keine Instituts- oder Lehrstuhlsekretariatsstelle mehr unter EG6 ausgeschrieben. Die für eine Eingruppierung in EG6 tariflich relevante Anwendung *gründlicher und vielseitiger* Fachkenntnisse wird also von den Einstellenden als erforderlich angesehen.

Da das MWK im Hinblick auf die neuen Stellen EG5 pauschal als die angeblich passende Eingruppierung vorschlägt, stellt sich die Frage, ob nach Auffassung des MWK an die aktuell geplanten Stellen andere Anforderungen gestellt bzw. ob dort Tätigkeiten auf niedrigerem fachlichen Niveau verrichtet werden sollen als auf all den schon vorhandenen Sekretariatsstellen, die inzwischen mit mindestens EG6 ausgewiesen sind, und worauf sich diese Beurteilung stützt.

Sofern die zusätzlichen Stellen ebenfalls mit ausgebildeten Bürokauffrauen usw. besetzt, aber dennoch pauschal Mittel für EG5-Stellen gewährt werden, werden einzelne Einrichtungen möglicherweise unter Hinweis auf diese Vorgabe bzw. auf ihr Budget eben nicht nach EG6, sondern ungeachtet der tatsächlich zu verrichtenden Tätigkeiten nach EG5 eingruppiert. Das ist ja auch eine Möglichkeit, Handlungsfreiheit wahrzunehmen. Damit stünde unseres Erachtens eine Ungleichbehandlung von Hochschulsekretärinnen bevor, die alle erreichten Fortschritte in Richtung auf die Mindesteingruppierung in EG6 unterläuft.

SPD und Grüne haben die Anliegen der Hochschulsekretärinnen auf der Orts- wie auf der Landesebene bislang stets unterstützt. Aktuell entsteht der Eindruck, dass sich diese Unterstützung als Lippenbekenntnis entpuppt und das veraltete Bild von der Tipse doch wieder die Oberhand gewinnt.

Die 2010 gegründete Landesarbeitsgemeinschaft der Hochschulsekretärinnen in Baden-Württemberg (LAG) protestiert gegen diese drohende Entwicklung, die nicht durch rationale Einsichten in den realen Tätigkeitsbereich, sondern tarifwidrig durch die vielfach angeführten Sparzwänge motiviert zu sein scheint. Die am Sparhaushalt orientierte Argumentation der Landesregierung wie auch einzelner Vertreter der Hochschulen übersieht nämlich, dass ausgebildete Bürokauffrauen usw., die typischerweise in Hochschulsekretariaten gesucht und eingestellt werden, allein schon durch ihren Ausbildungsabschluss sehr wohl in der Lage sind, *gründliche und vielseitige* Fachkenntnisse anzuwenden, und dies auch täglich unter Beweis stellen. Damit sind alle tariflichen Voraussetzungen für eine durchschnittliche Mindesteingruppierung in EG6 erfüllt.

Des Weiteren machen wir darauf aufmerksam, dass 6.300 zusätzliche Masterstellen sich auch auf den ohnehin hohen Arbeitsdruck des bereits vorhandenen Personals auswirken werden. Statt jetzt nur neue befristete Stellen zu schaffen, könnten etliche vorhandene Teilzeitstellen aufgestockt, entfristet und in der Eingruppierung angepasst werden (mindestens EG6).

Dass die Investition in EG6-Stellen laut Minister Schmid keine gute Investition sein soll, obwohl die Hochschulsekretariate durch ihr Engagement doch sehr viel zu den guten Bildungsbedingungen des akademischen Nachwuchses beitragen, dass gut ausgebildete Bürofachkräfte gesucht und eingestellt werden, ihr Ausbildungshintergrund und die fachliche Qualität ihrer Tätigkeiten jedoch ständig abgewertet werden, lässt sich unseres Erachtens nicht hinnehmen. Die gesamte Branche und die darin tätigen Frauen werden offensichtlich auch vom MWK diskriminiert.